

Afghanistan: Hezb-e Wahdat/ Harakt-e Islami

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Corinne Troxler Gulzar

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

Bern, 6. Oktober 2009

info@osar.ch
www.osar.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7

Einleitung

Der Anfrage an die SFH-Länderanalyse haben wir die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie ist das Verhältnis der beiden Hazara-Parteien Hezb-e Wahdat und Harakat-e Islami?
2. Wie stellte sich die Lage in Ghazni, speziell im Distrikt Jaghori, nach dem Fall des Talibanregimes 2003–2005 dar?
3. Wie ist die Lage in der Provinz Ghazni, speziell im Distrikt Jaghori heute?
4. Wie ist die allgemeine Rückkehrsituation nach Afghanistan?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH beobachtet die Entwicklungen in Afghanistan seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Expertenauskünften und eigenen Recherchen nehmen wir zu den Fragen wie folgt Stellung:

1 Zu den Parteien

Die Hezb-e Wahdat. Die verschiedenen Hazara-Parteien oder -bewegungen waren in den 1980er-Jahren untereinander stark zersplittert und vertraten in Bezug auf die Pläne oder Vorstellungen für die Zukunft des Hazarajat unterschiedlichste Ansichten. Diese Uneinigkeit führte zu erbitterten Kämpfen der Hazara-Organisationen untereinander, wodurch die einzelnen Organisationen ihre Glaubwürdigkeit und ihren Rückhalt unter den Hazara verloren. Um diese Streitigkeiten zu überwinden und die Hazara-Kräfte zu vereinen, fand 1988 ein Treffen verschiedener Hazara-Parteichefs statt. Aus diesem Treffen ging die Hezb-e Wahdat hervor.²

Die 1989 gegründete Hezb-e Wahdat ist die Hauptpartei der afghanischen Schiiten und der Hazara. Sie bildet zudem eine militärische Kraft. Parteiführer war ursprünglich Abdul Ali Mazari. Nach dessen Tod übernahm Karim Khalili, Vizepräsident unter Karzai, die Nachfolge. Ein weiterer wichtiger Parteiführer ist Jah Mohammad Mohaqiq, unter Karzai Minister für Planung. Die Hezb-e Wahdat verfolgt einen moderaten Islam sowie einen Hazara-Nationalismus.³

Die Harakat-e Islami. Die Harakat-e Islami ist sowohl eine politische als auch eine militärische Kraft, die vorwiegend Schiiten bzw. Hazara umfasst. Während der 1980er- und 1990er-Jahre operierte sie in Zentral-, Nord- und Westafghanistan gegen die Sowjetunion bzw. gegen die Taliban. Während der 1980er-Jahre wurde sie von Mohammad Asef Mohseni angeführt. Später zersplitterte sie sich praktisch in drei Teile, wobei sich jeder Teil weiterhin «Harakat-e Islami» oder einfach nur «Ha-

¹ Vgl. www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender.

² Vgl. «The Hazaras and their role in the process of political transformation in Afghanistan», 7. Dezember 2007: http://boozers.fortunecity.com/jerusalem/47/Political_Role/political_role.html.

³ Vgl. ACCORD-Anfragebeantwortung, «Situation in Ghazni; conflict between Hezb-e Wahdat and Harakat», 18. Februar 2004, www.ecoi.net; Human Rights Watch, «Killing you is a very easy thing for us, Human rights abuses in Southeast Afghanistan», 29. Juli 2003, www.hrw.org/reports/2003/afghanistan0703/8.htm.

rakat» nennt. Ein Teil wird weiterhin von Mohammed Asef Mohseni geführt. Der militärische Kommandierende der zweiten Gruppierung ist Sayeed Hossein Anwari, und der dritte Teil wird von Mohammed Ali Javeed geführt.⁴ Gemäss Angaben des *Immigration and Refugee Board of Canada* ist die Harakat-e Islami, im Gegensatz zu den meisten anderen schiitischen Parteien, nie der Hezb-e Wahdat beigetreten.⁵

Generell bestanden viele Konflikte zwischen den verschiedenen Mujaheddin-Parteien, sowohl vor der Machtübernahme durch die Taliban als auch nach dem Sturz der Talibanherrschaft.⁶

In Bezug auf das Verhältnis zwischen Hezb-e Wahdat und Harakat-e Islami lässt sich festhalten, dass in der Region um Jaghori intensive Konflikte und Rivalitäten zwischen den beiden Parteien bestanden. Viele dieser Konflikte gehen in die 1980er- und 1990er-Jahre (Bürgerkrieg) zurück, sind aber auch heute noch von Relevanz, das heisst, dass die Konflikte und Rivalitäten entlang der früheren Linien noch heute bestehen.⁷

2 Zur Lage in Ghazni, speziell im Distrikt Jaghori nach dem Fall des Talibanregimes 2003–2005

Eine fragile Landwirtschaft und Viehzucht, knappe Ressourcen und unzureichende humanitäre Hilfe haben gemäss Angaben der *Cooperation für Peace an Unity (CPAU)* insbesondere in den Distrikten Jaghori und Malistan, Provinz Ghazni, dazu geführt, dass sich ländliche Familien kaum selbst versorgen können, was zu einer chronischen Krisensituation geführt hat. Diese Situation der ständigen Unsicherheit hat eine ganze Palette von Konflikten genährt: Konflikte um Zugang zu Wasser, Streitigkeiten zwischen Personen oder Familien sowie aus Schuldensituationen entstandene Konflikte.⁸ Die schwache oder kaum existente Regierungskontrolle, speziell in den beiden genannten Distrikten, hat signifikant dazu beigetragen, dass Kommandierende verschiedener Parteien Missbräuche und Landbesetzungen praktisch straflos begehen konnten. Die genannten Faktoren haben in den letzten Jahren zu intern Vertriebenen aus diesen Distrikten geführt.⁹

2003 führte ein Bericht von *Human Rights Watch* zur Lage in Jaghori, Provinz Ghazni, folgendes aus: «Der offiziell von Karzai ernannte Gouverneur der Provinz Ghazni ist der Paschtune, der offiziell Haji Assadullah genannt wird. Aber mehrere Distrikte verbleiben weiterhin unter der Kontrolle Kommandierender, die früher der Hezb-e Wahdat angehörten – einer vorwiegend aus Hazara bestehenden Kraft mit Repräsentanten im Kabinett von Karzai. Andere sind unter der Kontrolle von Paschtunen-

⁴ Ebd.

⁵ Immigration and Refugee Board of Canada, «Afghanistan: Information on the Harakat-e Islami (various spellings) including whether or not actions attributed to the group include war crimes against humanity», 1. April 1999, www.unhcr.org.

⁶ Gemäss E-Mail-Auskunft von Mitglied des Afghanistan Analysts Network, 1. September 2009.

⁷ Gemäss E-Mail-Auskunft von Afghanistan Experten vom 12. September 2009.

⁸ Cooperation for Peace and Unity (CPAU), «Conflict analysis: Jaghori and Malistan districts, Ghazni province», April 2009, S. 1.

⁹ Ebd.

Kommandierenden, von denen einige vorher mit den Taliban alliiert waren.»¹⁰ Weiter hält *Human Rights Watch* fest, dass gemäss Mitarbeitern der UNO Flüchtlinge versuchen zu vermeiden, in mehrere Distrikte der Provinz Ghazni zurückzukehren. Missbräuche durch Truppen der Hezb-e-Wahdat in den Distrikten Malistan, Jaghori, Nawur und Qarabagh haben dazu geführt, dass Menschen aus diesen Distrikten geflüchtet und nach Ghazni-Stadt, nach Kabul oder Mazar-e Sharif gezogen sind. Missbräuche umfassten politische Verfolgung, Gelderpressungen, willkürliche Festnahmen und Haft, Entführungen sowie erzwungene Heiraten von Mädchen und jungen Frauen. Ein Mann aus Jaghori, der nach Kabul geflüchtet ist und nicht ins Jaghori-Distrikt zurückzukehren will, hat *Human Rights Watch* gesagt, dass er sich vor den lokalen Kommandierenden in Jaghori fürchte.¹¹

Aus den genannten Quellen geht hervor, dass in den Jahren nach dem Fall des Talibanregimes Kommandierende verschiedener Parteien in den Distrikten der Provinz Ghazni faktisch die Macht innehatten. Aufgrund der schwachen Regierungspräsenz war die Bevölkerung den Machenschaften dieser Kommandierenden praktisch schutzlos ausgeliefert, was viele Personen zur Flucht nach Ghazni-Stadt, Kabul oder Mazar-e Sharif zwang.

3 Zur Lage in Ghazni, speziell im Distrikt Jaghori 2006 bis heute

Nach dem Sturz des Talibanregimes 2001 fand zunächst die Operation Enduring Freedom auch in Ghazni statt. Erst im Oktober 2006 übernahm die ISAF die militärische Kontrolle der Operationen in Ghazni. Der einigermaßen stabilen Situation in Ghazni unmittelbar nach dem Fall der Taliban folgte bald eine Destabilisierung durch die von den Taliban angeführten regierungsfeindlichen Gruppierungen in weiten Teilen der südöstlichen Region. Es gilt als allgemein anerkannt, dass das Entwaffnungsprogramm in der Provinz Ghazni gescheitert ist. Ein Plan der UNO zeigt auf, dass 2005 in Jaghori zwischen 22 und 46 illegal bewaffnete Gruppen präsent waren. 2006 galt eine Strasse, die nach Jaghori und Qarabagh führt, als gefährlicher als die Strasse von Kabul nach Kandahar.¹²

Seit 2008 wird die Situation in Ghazni als vollkommen unsicher bezeichnet. Im Zeitraum von 2003–2008 haben sich die Sicherheitsvorfälle in der Provinz Ghazni mindestens verdrei- oder vervierfacht. Die drastische Verschlechterung der Sicherheitslage in Ghazni steht hauptsächlich mit der Militärstrategie sowie der schwachen oder kaum existenten Regierung in Ghazni in Zusammenhang. Die Enttäuschung der Bevölkerung, sowohl in Bezug auf die Regierung als auch auf die Sicherheitskräfte spielt in der Verbreitung der Taliban eine Schlüsselrolle. Der Rückzug von US-Truppen aus dem Nawa-Distrikt hat der Bevölkerung von Ghazni vor Augen geführt, dass die afghanische Regierung die Kontrolle über die ländlichen Gebiete verloren hat. Dieser Rückzug sowie weitere Vorfälle haben dazu geführt, dass die Bevölkerung die Taliban als die tatsächlichen Machthaber unterstützt, die in der Abwesen-

¹⁰ Human Rights Watch, «Killing you is a very easy thing for us, Human rights abuses in Southeast Afghanistan», 29. Juli 2003, www.hrw.org/reports/2003/afghanistan0703/8.htm.

¹¹ Ebd.

¹² Cooperation for Peace and Unity (CPAU), «Conflict analysis: Jaghori and Malistan districts, Ghazni province», April 2009, S. 19.

heit von Alternativen für «Sicherheit» sorgen. Die Taliban haben in Ghazni eine Paralleladministration aufgebaut, die von der Quetta-Shura geführt wird.¹³

Ghazni hatte in den vergangenen zwei Jahren einen aussergewöhnlichen Wechsel der Gouverneure, was auf die Tätigkeiten der Taliban und anderer regierungsfeindlicher Gruppierungen zurückzuführen ist, welche Gouverneure zur Zielscheibe gemacht haben. Darunter fällt auch die erfolgreiche Beseitigung des Polizeichefs von Qarabagh und Andar.¹⁴

Da viele der in Ghazni während des Bürgerkriegs aktiven Parteien in jener Zeit an Glaubwürdigkeit verloren haben, kommt ihnen heute nicht mehr dieselbe Bedeutung zu, wie damals. Dennoch sind weiterhin auch im Jaghori-Distrikt einige Parteien aktiv. Die zurzeit einflussreiche Partei ist die Nasr-Fraktion der Hezb-e Wahdat. In den Distrikten Jaghori und Malistan verfügen die Parteien Hezb-e Wahdat, Harakate Islami und Hezb-e Islami heute noch über militärische Präsenz.¹⁵ Berichten zufolge haben Mitglieder der Hezb-e Wahdat Dörfer von Paschtunen geplündert, namentlich in Qarabagh, wo sich die Bevölkerung aus Hazara und Paschtunen zusammensetzt.¹⁶

Neben dem bereits unter Frage 2 erwähnten Konfliktpotenzial kommt der äusserst schwachen Regierungspräsenz in Jaghori grosse Bedeutung zu: 2008 gaben 90 Prozent der im Rahmen einer Untersuchung befragten Personen an, nie einen Angehörigen der Afghan National Police gesehen zu haben (der Schnitt in der Provinz Ghazni lag bei 46 Prozent). Dasselbe gilt für die Sichtung Angehöriger der Afghanischen Armee (Jaghori: 90 Prozent; Ghazni: 51 Prozent). Dazu ist in Jaghori die Furcht vor den Taliban in der ganzen Provinz am grössten. Die Taliban versuchen aktiv, die Spannungen zwischen den Hazara und den Paschtunen in der Provinz Ghazni zu verschärfen, um auf diese Weise ihren Einfluss zu verstärken.¹⁷ Den Taliban ist es gelungen, insbesondere die von Paschtunen dominierten Gebiete in Ghazni zu konsolidieren. Die Distrikte Jaghori und Malistan entziehen sich aufgrund der politischen und militärischen Macht der Hezb-e Wahdat der Kontrolle durch die Taliban. Ein gewisser Einfluss der Taliban ist jedoch vorhanden.¹⁸

4 Rückkehrsituation nach Afghanistan¹⁹

Situation der Rückkehrer. Viele AfghanInnen, die seit 2006 nach Afghanistan zurückgekehrt sind, lebten länger als 20 Jahre im Ausland und etwa die Hälfte der Personen sind im Ausland geboren. Die Eingliederung in eine fremd gewordene Heimat gestaltet sich dementsprechend schwierig. Viele AfghanInnen, die nach dem

¹³ Cooperation for Peace and Unity (CPAU), «Conflict analysis: Jaghori and Malistan districts, Ghazni province», April 2009, S. 8–9.

¹⁴ Ebd., S. 10.

¹⁵ Ebd., S. 11.

¹⁶ Ebd., S. 11.

¹⁷ Ebd., S. 11.

¹⁸ Ebd., S. 12.

¹⁹ Siehe, SFH, Update: Die aktuelle Sicherheitslage, 11. August 2009: www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/arabia/afghanistan/afghanistan-die-aktuelle-sicherheitslage.

Sturz der Taliban nach Afghanistan zurückgekommen waren, haben das Land aus Angst vor einer Entführung wieder verlassen.²⁰ Etwa 55'000 der kürzlich zurückgekehrten AfghanInnen leben in temporären und hilfsbedürftig aufgestellten Siedlungen.²¹ Zu den Gründen, die gegen eine Rückkehr sprechen, gehören die sich drastisch verschlechterte Sicherheitslage in immer weiteren Teilen des Landes, Landstreitigkeiten und die hohe Arbeitslosigkeit.²² Afghanistan gehört zudem zu den am stärksten verminnten Ländern der Welt. Immer wieder befinden sich unter den Minenopfern RückkehrerInnen, die das Gebiet nicht gut kennen. Daneben können viele landwirtschaftliche Flächen wegen der Verminung nicht genutzt werden.²³

Innerstaatliche Fluchtalternative. *UNHCR* hielt im Juli 2009 fest, dass in Afghanistan kaum staatlicher Schutz vorhanden ist. In zahlreichen Fällen wurden Regierungsbeamte selber beschuldigt, Gewalt angewandt oder Verstösse gegen die Menschenrechte begangen zu haben. Nicht-staatliche Akteure können ihre Opfer auch über ihren Machtbereich hinaus verfolgen und stehen oft in Beziehung zur Regierung oder den Behörden. Zudem ist für eine rückkehrende Person ein starkes Familien-, Sozial- oder Stammesnetz von grundlegender Bedeutung. Ohne dieses kann eine Person in der heutigen Situation nicht überleben.²⁴

Situation der intern Vertriebenen (IDPs). 2008 wurden wegen der Kämpfe im Süden des Landes erneut Tausende von Menschen gezwungen, ihre Häuser und Dörfer zu verlassen. Wegen fehlenden Zugangs in den Konfliktgebieten erhalten sie nur notdürftig oder überhaupt keine Hilfe.²⁵ Laut Schätzungen von *UNHCR* leben im Juni 2009 noch etwa 235'000 intern Vertriebene in den drei Lagern in Herat, Helmand und Kandahar.²⁶ Am Stadtrand von Kabul leben gemäss Angaben des Ministeriums für Flüchtlinge und Rückkehrer (*MoRR*) etwa 770 Familien (4620 Personen) als intern Vertriebene. Intern Vertriebene haben oft kaum etwas zu essen, keine oder kaum medizinische Betreuung und kein Zugang zu sauberem Trinkwasser.²⁷

Aufnahmekapazität. Shamsuddin Hamid, der Sprecher des Ministeriums für Flüchtlinge und Rückkehrer (*MoRR*), sagte: «Wir haben nicht die Kapazitäten, um grössere Zahlen von RückkehrerInnen zu absorbieren».²⁸ Noor Mohammad Haidari, ein Berater des *MoRR*, meinte: «Die Situation in Afghanistan ist im Moment nicht geeignet [für eine Rückkehr], und wir rufen daher alle europäischen und weiteren Staaten auf, keine afghanischen Flüchtlinge zurückzuschaffen».²⁹

²⁰ IRIN News, 13. November 2008; NZZ, 26. Mai 2009, S. 9.

²¹ «Caught in the Conflict – Civilians and the international security strategy in Afghanistan», Bericht von elf in Afghanistan tätigen NGOs, verfasst von Matt Waldmann (Oxfam International Afghanistan), S. 4 und 9, 3. April 2009, www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/civilians-caught-in-the-conflict-afghanistan.pdf, S. 24.

²² IRIN News, 15. März 2009.

²³ IRIN News, 13. November 2008.

²⁴ UNHCR, «Eligibility Guidelines», S. 11–12 und 53–55, Juli 2009.

²⁵ IRIN News, «Insecurity, lack of aid prompt IDPs to leave camp», 21. Juni 2009, www.irinnews.org; «Caught in the Conflict», 3. April 2009, S. 4 und 9.

²⁶ IRIN News, 21. Juni 2009.

²⁷ IRIN News, «Afghanistan: Little to eat for IDPs in makeshift Kabul camp», 5. Januar 2009, www.unhcr.org.

²⁸ IRIN News, 15. März 2009.

²⁹ IRIN News, 4. Juni 2009.